

Mo, 25.2.08, TOP I.6, Politisches Statement von MUT e.V.

Roland Diehl, 1. Vorsitzender

Sehr geehrte Frau Höpfner-Toussaint, sehr geehrter Herr Hoffmann,
meine Damen und Herren, liebe MUT-Mitglieder!

Fast auf den Tag genau vor 5 Jahren hat sich die Bürgerinitiative MUT – Mensch und Umwelt schonende DB-Trasse Nördliches Markgräflerland - gegründet. Mittlerweile haben sich fast 7.000 Bürgerinnen und Bürger unserer Region zusammengeschlossen, weil wir der Überzeugung waren und sind, dass die Planungen der Bahn für das 3. und 4. Gleis vor unserer Haustür die Menschen und die Umwelt nicht schonen, sondern massiv schädigen werden. Das wollen wir für uns und das müssen wir für unsere Nachkommen verhindern!

Die Sondersituation in unserer Raumschaft – nirgendwo sonst durchschneidet eine reine Güterzugstrecke ungebündelt mit einem anderen Verkehrsweg eine sensible, bisher ruhige, mit hochwertigen landwirtschaftlichen Sonderkulturen bestückte Landschaft in einer touristisch attraktiven Region – erfordert auch eine besondere Lösung. Grundsätzlich sind wir deshalb immer noch der Auffassung, dass das Markgräflerland einen Tunnel verdient hat, in dem die Güterbahn verschwindet.

Im Interesse der Einheitlichkeit der Region sind wir aber auch bereit, auf eine Kompromisslinie einzuschwenken, die Bürgertrasse heißt, wenn sie denn bei einer Trassenentscheidung den Vorzug erhält. MUT stellt deshalb die Diskussion – und nur die Diskussion! - über den Tunnel einstweilen zurück, damit im Erörterungstermin konzentriert über die

Vorteile der Bürgertrasse gesprochen und die politische Entscheidung über die Trassenwahl auf dem Bahngipfel vorbereitet werden kann. MUT behält sich aber ausdrücklich vor, den Tunnel auch als rechtlich relevante Alternative jederzeit wieder aktiv im Verfahren voranzutreiben, wenn die politischen Bemühungen für die Bürgertrasse scheitern sollten.

Bei unseren Bemühungen um eine bessere Planung haben wir schon früh erkannt, dass unser Ziel einer menschenverträglichen, umweltgerechten und zukunftstauglichen Ausführung der Baumaßnahme auf juristischem Wege nicht einfach zu erreichen wäre. Die Gesetz- und Verordnungsgeber haben Auftraggeber und Nutznießer der Baumaßnahme komfortabel mit Privilegien ausgestattet. Die Rechtsprechung hat sie in schöner Regelmäßigkeit bestätigt. Das muss ein Ende haben, denn die Basis der bestehenden Rechtslage hat sich gravierend verändert. Auch die Gesetze müssen endlich so geändert werden, dass sie Mensch und Umwelt schonen!

Und hier kommt die Politik ins Spiel. Es war uns klar, dass sie einfacher, als dies vor Gericht der Fall wäre, einen Mensch und Umwelt schonenden Trassenbau bewirken kann, indem sie die Rechtslage ändert oder den bestehenden Rechtsrahmen so interpretiert, dass eine für Mensch und Umwelt akzeptable Lösung darin Platz hat. Wir haben daher unzählige politische Gespräche auf Gemeinde-, Kreis-, Bezirks-, Landes- und Bundesebene und selbst auf Europaebene geführt und um Verständnis für unser Problem mit dem viergleisigen Ausbau der Rheintalbahn geworben. Heute ist das Thema in aller Munde und viele haben sich unseren Forderungen angeschlossen. Das ist das Verdienst von MUT.

Auch eine politische Lösung wird mit zusätzlichen Kosten verbunden sein. Wir hoffen und rechnen damit, dass dieses Geld zum Wohle der in ihren Lebensumständen massiv betroffenen Menschen in fairer Lastenverteilung aufgebracht wird. Dazu schauen wir hoffnungsvoll auf den Regierungspräsidenten als den Anwalt der Region, damit er seinen Spielraum voll ausschöpft und dafür die breite Unterstützung der Landesregierung hat. Und wir hoffen auf unseren Ministerpräsidenten, dass er beim Bahngipfel in Berlin Nägel mit Köpfen macht, damit die Bürgertrasse Wirklichkeit werden kann.

An das ethische Selbstverständnis der Bahnplaner und der Ingenieure appelliere ich, dass sie einsehen und ihre Auftraggeber darauf hinweisen, dass die beantragte Billiglösung für die Menschen im Markgräflerland inakzeptabel ist. In unserem dicht besiedelten 2000jährigen Kulturräum am Oberrhein hat diese Planung der Bahn keinen Platz. Sie – die Vertreter der Bahn - haben eine Verantwortung nicht nur gegenüber ihrem Auftraggeber, sondern auch den Menschen gegenüber, die sie mit ihren Planungen schwer in Mitleidenschaft ziehen. Sie wissen genau, was Sie den Menschen mit Ihren Planungen antun. Weisen Sie Ihre Auftraggeber darauf hin, dass es auch anders geht!